

KURZ UND PRÄGNANT

Landeserziehungsgeld endlich abschaffen

Nachdem jetzt auch der Landesrechnungshof das Thüringer Erziehungsgeld massiv kritisiert hatte, unterstrich die Familienpolitikerin der Linksfraktion, Margit Jung: „Wir sehen uns in unserer langjährigen Forderung nach Abschaffung des Landeserziehungsgeldes bestätigt. Ebenso wie das, jetzt noch einmal erhöhte, Bundesbetreuungsgeld halten solche Zahlungen vor allem Kinder aus ärmeren Familien von frühkindlicher Bildung fern. In Regierungsverantwortung werden wir das Erziehungsgeld wieder abschaffen und die frei werdenden Mittel einsetzen, um in eine verbesserte Qualität von Bildung und Betreuung in den Kindertagesstätten in Thüringen zu investieren.“ Margit Jung bezeichnete es als „völlig falschen Weg, mit staatlichem Geld Anreize zu setzen, damit wichtige staatliche Leistungen, wie die frühkindliche Bildung in Kindergärten, nicht in Anspruch genommen werden“. Mit einer solchen Politik werde „billigend in Kauf genommen, dass sich die soziale Herkunft weiterhin negativ auf die Zukunftschancen von Kindern auswirkt“. ■

Unterstützung für Kommunalforderungen

„Der Forderungskatalog des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen ist ein wichtiger Beitrag im Vorfeld der Landtagswahl. Die LINKE nimmt ihn ernst und erkennt viele Übereinstimmungen“, so MdL Frank Kuschel. So gehöre der kommunale Finanzausgleich auf den Prüfstein und sei eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen notwendig. Das schließe ein, die Einnahmepotenziale der Gemeinden auszuschöpfen. Der LINKE-Politiker sagte zudem die vom Gemeinde- und Städtebund geforderte Klarheit bei künftigen Verwaltungsstrukturen zu. Eine Funktional- und Verwaltungsreform sei eine der dringenden Aufgaben der Landespolitik. „Wir wollen einen schrittweisen Übergang zu einem zweistufigen Verwaltungsaufbau in Thüringen. Neben der Bürgernähe steht dabei die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Strukturen im Mittelpunkt. Die Aufgaben der bisherigen Landesmittelbehörden sollen im Grundsatz kommunalisiert werden.“ Bei einer Aufgabenübertragung auf die Kommunen sei künftig die verfassungsrechtlich garantierte vollständige Kostenübernahme durch ein transparentes und nachvollziehbares Erstattungsverfahren zu untersetzen. Thüringen brauche eine Funktional- und Verwaltungsreform aus einem Guss. Das konzeptionslose Handeln der bisherigen Regierungskoalition müsse beendet werden. ■

Lebensmittelkontrollen engmaschiger gestalten

Nach der Vorstellung des Jahresberichts 2013 der amtlichen Lebensmittelüberwachung Thüringen durch die Thüringer Ministerin Heike Taubert verwies die verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, Diana Skibbe, auf die problematischen Fakten und forderte engmaschigere Lebensmittelkontrollen.

Lebensmittelkontrollen nur in 60 Prozent der Thüringer Betriebe, rund 1.400 Kontrollen weniger als im Jahr 2012, eine Beanstandungsquote von acht Prozent, weniger qualifizierte Kontrolleure – „leider hat sich hinsichtlich der von uns geforderten personellen Verstärkung für diesen Sektor nichts getan“, betonte Diana Skibbe.

Die aufgezeigten Beanstandungen und die über die letzten Jahre nahezu gleichbleibende Beanstandungsquote „belegen die Notwendigkeit engmaschigerer Kontrollen und einer Verstärkung der Präsenz der staatlichen Lebensmittelkontrolle“. Die Landtagsabgeordnete unterstrich die Bedeutung des Bereichs, der die elementaren Interessen jedes Bürgers betreffe, und kündigte an: „Wir werden deshalb nach der Landtagswahl uns auch umgehend

mit der Problematik der Sicherung bzw. Verstärkung der Personaldecke für Lebensmittelkontrollen befassen.“

Problematisch erscheine auch die Kontrolle der importierten Lebensmittel. „Mögliche Gefahren liegen nicht nur in der Keimbelastung. Eine korrekte Kennzeichnung und auch der vollständige Nachweis aller Bestandteile der Lebensmittel ist überwiegend nicht gegeben“, sagte Diana Skibbe.

Notwendigkeit von Schwerpunktstaatsanwaltschaften

Fraglich sei, wie die Kontrolle von möglicherweise gefährlichem Kinderspielzeug organisiert werden könne, denn es sei nicht sichergestellt, dass insbesondere importiertes Spielzeug tatsächlich keine Schadstoffe enthalte.

„Es ist logisch, dass kommunale Ämter international agierende Konzerne nicht wirklich kontrollieren können. Dies beweist die Richtigkeit der LINKEN-Forderung nach einer auf Bundesebene organisierten, mit realen Kompetenzen ausgestatteten und fachlich gut aufgestellten Kontrollinstanz“, so Verbraucherschutzpolitikerin. Schade sei auch, dass die Forderung der LINKEN nach Einrichtung von Schwer-

punktstaatsanwaltschaften Lebensmittelsicherheit nicht aufgegriffen wurde: „Eine wichtige Möglichkeit zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen wird ignoriert“, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

35 Betriebe geschlossen

Der Jahresbericht 2013 der Lebensmittelüberwachung weist aus, dass Thüringens Lebensmittelkontrolleure 35 Betriebe wegen baulicher Mängel oder schlechter Hygiene schließen ließen. Insgesamt gab es rund 40 000 Kontrollen in 31 303 Küchen, Gaststätten, Bäckereien oder Fleischereien. Im Vergleich zu 2012 ging die Zahl der Kontrollen um rund 1400 zurück.

In 92 Prozent der Betriebe seien keine Verstöße festgestellt worden. In 1585 Betrieben (8 Prozent) wurden Mängel festgestellt. Sie bezogen sich auf die Betriebshygiene, wie z.B. ungenügende Reinigung der Räume oder das falsche Lagern von Lebensmitteln. Die Behörden stellten im Freistaat 1346 Verwarnungen aus, in 367 Fällen wurden Bußgelder verhängt und 630 Mal Auflagen erlassen. Im Vergleich zu 2012 seien die amtlichen Maßnahmen rückläufig. ■

Solidarität mit den Beschäftigten von Autogrill Eisenach

Nachdem jetzt der seit Monaten geführte Arbeitskampf der Beschäftigten an den Autobahnraststätten „Autogrill“ für einen Tarifvertrag mit einem unbefristeten Ausstand der Kolleginnen und Kollegen der Raststätte bei Eisenach einen weiteren Höhepunkt erreicht hat, bekräftigte die LINKE Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow die Solidarität und Unterstützung von Landtagsfraktion und Landespartei.

Autogrill ist ein weltweit agierender Gastronomie- und Einzelhandelskonzern mit 1.200 Niederlassungen in 43 Ländern und rund 7.5000 Beschäftigten. Den seit April mit immer wieder neuen Streikaktionen geführten Arbeitskampf der Eisenacher Autogrill-Mitarbeiter hatte die LINKE zusammen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) auch vor Ort tatkräftig unterstützt.

„Wir stehen an der Seite der besonders engagiert kämpfenden Eisenacher Autogrill-Beschäftigten. Ihre Entschlossenheit ist beispielhaft. Ich fordere die Landesregierung auf, die Streikenden zu unterstützen und Autogrill an den Verhandlungstisch zu holen“, betonte Susanne Hennig-Wellsow und verwies auf die skandalöse Tatsache, dass in Thüringen lediglich 22 Prozent der Unternehmen tarifgebunden sind. Die streikenden Beschäftigten bei Autogrill kämpfen für den Ab-



schluss eines Tarifvertrags, angelehnt an den für das Hotel- und Gaststätten-gewerbe. Deutsche Raststätten sind zumeist tariffreie Zonen mit Hungerlöhnen, bei denen es auch keine Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit gibt, und schlechten Arbeitsbedingungen.

Unter der Besuchergruppe der Gewerkschaft NGG, die Bodo Ramelow am 17. Juli im Thüringer Landtag begrüßen konnte, waren auch einige Kolleginnen und Kollegen von der Auto-

grill-Raststätte Eisenach (s. Foto). Beim Gespräch mit dem LINKE-Fraktionsvorsitzenden stand ihr Arbeitskampf im Mittelpunkt. Mit dem Tarifvertrag gehe es auch darum, dass sie die erste Lohnerhöhung seit über zehn Jahren bekommen. Bodo Ramelow hatte den Kolleginnen und Kollegen für diesen Arbeitskampf seinen „allergrößten Respekt“ ausgesprochen. Er könne nur immer wieder sagen: „Haltet durch! Ihr habt es verdient und werdet irgendwann erfolgreich sein!“ ■